

**Auszug aus dem Protokoll  
des Regierungsrates des Kantons Zürich**

KR-Nr. 26/2003

Sitzung vom 5. Februar 2003

**170. Dringliches Postulat (Koordination Behördenschulung)**

Die Kommission Staat und Gemeinden hat am 20. Januar 2003 folgendes Postulat eingereicht:

Der Regierungsrat wird eingeladen, die Koordination der Behördenschulung als Aufgabe wahrzunehmen. Insbesondere soll:

1. eine aktuelle Agenda auf Internet geführt werden, die alle Aus- und Weiterbildungsangebote für Gemeindebehörden enthält,
2. eine verantwortliche Koordinationsstelle für die Behördenschulung bezeichnet werden und
3. eine Koordinationsgruppe mit Vertretern aller Direktionen der kantonalen Verwaltung und externen Anbietern wie Gemeindepräsidentenverband (GPV) und Verband der Zürcher Gemeindeschreiber und Verwaltungsfachleute (VZGV) eingesetzt werden.

Begründung:

Eine wichtige Stütze der Milizbehörden in den Gemeinden ist die bedürfnisgerechte Aus- und Weiterbildung. Viele kantonale Ämter und Verwaltungsstellen, das Pestalozzianum, der GPV, der VZGV und weitere private Anbieter bieten ein vielfältiges Ausbildungsangebot an. Was heute mangelt und kritisiert wird, ist die terminliche und zum Teil die inhaltliche Koordination.

Neue Mitglieder von Gemeindebehörden wünschen eine gründliche Einführung in ihr neues Amt. Während der Amtszeit wollen sie ihren individuellen Bedürfnissen angepasste Weiterbildungsmöglichkeiten. Ärgerlich für die Anbieter wie für die Auszubildenden sind Terminkollisionen von Ausbildungsangeboten. Dieses Problem könnte durch das Führen einer gemeinsamen Agenda auf Internet einfach behoben werden. Nötig dazu ist eine verantwortliche Stelle für die Aktualisierung und die Mitarbeit aller interessierten verwaltungsinternen und -externen Anbieter. Die inhaltliche Koordination ist am einfachsten durch eine Koordinationsgruppe sicherzustellen.

Die Koordination der Ausbildungsangebote ist sowohl im Interesse der Anbieter als auch im Interesse der Auszubildenden in den Gemeinden.

Der Kantonsrat hat das Postulat am 27. Januar 2003 dringlich erklärt.

Auf Antrag der Direktion der Justiz und des Innern

beschliesst der Regierungsrat:

I. Zum dringlichen Postulat der Kommission Staat und Gemeinden wird wie folgt Stellung genommen:

Die Grundanliegen des Vorstosses bestehen in der Verfügbarkeit der Informationen zu Aus- und Weiterbildung von Gemeindebehörden und der Notwendigkeit zur Koordination der Angebote in zeitlicher und inhaltlicher Hinsicht. Diesen Anliegen soll möglichst bis zu den nächsten Wahlen der Gemeindebehörden (2006) entsprochen werden.

Unbestritten ist, dass eine Nachfrage nach Informations- und Schulungsangeboten für Behördenmitglieder besteht. Dieser Nachfrage stehen eine Reihe von Angeboten öffentlicher und privater Anbieter gegenüber, die in nur geringem Masse koordiniert sind. Eine Selbstregulierung des Marktes erfolgt nicht, weil es dem Markt an Transparenz und damit den Nachfragern an Information und den Anbietern an wirtschaftlichem Druck mangelt.

Die Vorschläge der Kommission zielen denn auch in erster Linie auf die Verbesserung der Information nach aussen und unter den Anbietern. Der Begründung des Postulats ist zu entnehmen, dass mit der Schaffung einer direktionsübergreifenden Koordinationsgruppe einschliesslich externer Anbieter eine inhaltliche Abstimmung der Ausbildungsangebote erreicht werden kann.

Der Regierungsrat unterstützt das Anliegen und hat seinerseits bereits erste Massnahmen in die Wege geleitet. So beschloss er Ende Herbst die Weitergabe aller notwendigen Schulungsangaben zur einheitlichen Veröffentlichung über die Homepage des Gemeindeamtes (Terminplan). Weiter wurde eine Koordinationsgruppe gebildet, die in erster Linie dem Informationsaustausch dient. Die entsprechenden Beziehungen und Mechanismen müssen sich aber noch einspielen. Trotz dieser weitgehenden Koordination darf nicht unterschätzt werden, dass zur Verbesserung der Situation eine ganze Reihe von Massnahmen möglich wäre, die unterschiedlichste Ressourcenfolgen auslösen. Für das Erstellen eines Terminkalenders bedarf es eines verhältnismässig geringen Aufwandes, während nur schon ein terminlicher Abgleich der Kursangebote einen grösseren Koordinationsbedarf bereits in den ersten Planungsphasen erfordert. Eine inhaltliche Koordination, die ja nicht nur verwaltungsinterne Anbieter betrifft, sondern auch externe, unter Umständen konkurrierende Partner wie den Gemeindepräsidentenverband oder den Verein Zürcher Gemeindeglieder und Verwaltungsbeamter, ist noch aufwendiger und nur zum Teil sinnvoll.

Mit welchen Massnahmen letztlich die geforderten Verbesserungen erreicht werden können und welcher Ressourceneinsatz dazu geleistet werden kann und soll, muss eine Analyse der bestehenden Situation zeigen. Es ist denkbar, dazu ein übergreifendes Konzept zur Behörden-schulung im Kanton zu entwickeln bzw. die bestehenden Konzepte der einzelnen Direktionen auf eine gemeinsame Ausrichtung zu prüfen.

Der Regierungsrat teilt die Auffassung, dass die Verbesserungen bis spätestens zu Beginn der neuen Legislatur der Gemeindebehörden zur Verfügung stehen sollten. Mit den bereits eingeleiteten Schritten wird dieses Ziel ebenfalls angestrebt.

Auf Grund der aufgeführten Überlegungen ist der Regierungsrat bereit, das dringliche Postulat KR-Nr. 26/2003 entgegenzunehmen.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Direktionen des Regierungsrates und die Staatskanzlei.

Vor dem Regierungsrat  
Der Staatsschreiber:  
**Husi**